

Endlich agieren, statt nur reagieren

Alle Errungenschaften, die über offensive soziale Bewegungen und harte Klassenkämpfe errungen wurden, werden heute in Frage gestellt. Und dies in einem Moment, in dem die gewerkschaftliche Bewegung in Europa an einem Tiefpunkt ist. Die Sozialpartnerschaft hindert die ArbeiterInnen daran Widerstand zu leisten, nicht aber die Unternehmer, sie drücken unverfroren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durch. Umso richtiger und nötiger ist die Initiative der Basisgruppe Zürich bleibt öffentlich. Diese Protestaktion könnte ein erster Schritt sein, Widerstand jetzt aufzubauen, damit wir bei kommenden Angriffen auf den öffentlichen Dienst nicht wieder zu spät sind.

Krisenlösungsstrategie: Privatisierung

Und das wird bitter nötig sein, wenn wir in die Zukunft blicken. Denn Privatisierung, Sparmassnahmen und Angriffe auf Arbeitsbedingungen sind kein Zufall. Sie sind das Ergebnis einer tiefen ökonomischen Krise. Es wird immer schwerer Kapital zu verwerten, also profitabel zu investieren. Und im Kapitalismus muss sich Kapital stets vermehren, also Profite machen. Die "Krisenlösungsstrategie" heisst denn auch, immer aggressiver neue Anlage- und Investitionsfelder - wie dem öffentlichen Dienst - für das Kapital zu finden, damit die Verwertungsmaschine wieder läuft.

Sachzwänge werden produziert

Die Umsetzung dieser Strategie ist das Programm neoliberaler Ideologen und Politiker. In den 70er Jahren starteten sie den Angriff auf die ArbeiterInnenbewegung. Der Illusion der Sozialpartnerschaft verpflichtet, konnte die Gewerkschaftsbewegung dem Druck nicht genug entgegensetzen. Heute müssen wir nüchtern feststellen, dass die gewerkschaftliche Macht eine Ohnmacht darstellt.

Ein anderer Teil neoliberaler Strategie ist es aber auch öffentliche Sektoren in Marktmechanismen zu treiben. Im ersten Liberalisierungsschritt sollen staatliche Betriebe durch Verträge - wie aktuell der TiSA oder TTIP - in den "Sachzwang" des Wettbewerbs gezwungen werden. Das erleben wir aktuell mit den Fallkostenpauschalen und mit der Strommarktliberalisierung. Dies gibt dann im zweiten Privatisierungsschritt den Befürwortern von mehr Autonomie und Flexibilität staatlicher Betriebe die Argumente in die Hand, privatrechtliche Organisationsformen und schliesslich die Privatisierung zu fordern.

**Aktive GewerkschafterInnen
des Revolutionären Aufbau Zürich**

Mitregieren heisst

Privatisierung umsetzen

Und die neoliberale Ideologie konnte sich in allen Regierungsparteien tief verankern. Auch SP oder Grüne wehren sich nicht gegen kapitalistische Verwertungsgesetze - wenn sie denn an der Regierung sind. Im Gegenteil, in Deutschland hat gerade die SPD die Hartz-IV-Programme eingeführt. Vielmehr kommt dem sozialdemokratischen Bürgertum die spezifische Rolle zu, Privatisierungen schleichend umzusetzen und uns schmackhaft zu machen, z.B. in Form von Auslagerungen, Public-Private-Partnerships oder New Public Management. Während die FDP also schroff und laut die Privatisierung fordert, wird die "rot-grüne" Regierung diese sanft und leise einführen. So antwortet Corinne Mauch (SP) denn auch auf die Privatisierungsmotion: "Dem Anliegen der Motion wird somit bereits im Rahmen der Spitälerstrategie nachgegangen. Diese ist jedoch umfassender und breiter abgestützt als das Anliegen der Motion...". Die SP arbeitet also statt am Widerstand gegen die Privatisierung vielmehr an deren Durchsetzbarkeit.

Verändern heisst offensiv für eine

andere Gesellschaft eintreten

Umso wichtiger sind diese kleinen aber offensiven Schritte, die kämpferische Angestellte und ArbeiterInnen heute machen. Der Widerstand gegen neoliberale Politik hat aber nur dann eine Chance, wenn er auch inhaltlich offensiv geführt wird. Es muss gerade heute in der Krise um mehr gehen als die Verteidigung des Bestehenden. Es kann nicht darum gehen, nur den Kampf gegen Privatisierung zu führen, sondern wir müssen zusätzlich wieder eine positive gesellschaftliche "Utopie" entwickeln. Wenn wir wissen, dass die Profitlogik den öffentlichen Dienst zerstört, weshalb lassen wir zu, dass andere lebenswichtige Produktionsbereiche - wie z.B. die Lebensmittelproduktion - in privater Hand bleiben? Deshalb wollen wir alle Produktionsbereich dem kapitalistischen Profit-Gesetz entreissen. Gesellschaftliche Produktion muss so organisiert werden, dass sie uns Menschen, statt nur dem Kapital dient. Das nennen wir Kommunismus: Eine Gesellschaft, in der die Bevölkerung wirklich entscheiden kann, dass das Leben eine Würde und die Gesundheit kein Preis hat.

www.aufbau.org

revolutionärer
AUFBAU